

Lübbeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübbeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementpreis, einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Neue Welt“, vierteljährlich 2.00 Mk., monatlich 70 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Telefon Nr. 624.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgeheilte Zeile oder deren Raum 20 Pfg., Veranlassungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 291.

Montag, den 13. Dezember 1915.

22. Jahrg.

Die landwirtschaftlichen Produktionskosten und die Teuerung.

Von H. Hofer, Mitglied des preussischen Landtages.

Wie von zuständiger Stelle versichert wird, hat die Landwirtschaft auch in diesem zweiten Kriegsjahr Lebensmittel in genügender Weise produziert, zwar manche knapp, andere dafür, wie zum Beispiel Kartoffeln, in Ueberflus. Ein wirtschaftlicher Anlaß für die Teuerung würde also gar nicht vorhanden sein, wenn nicht, wie die Landwirte behaupten, die Produktionskosten in der Landwirtschaft während des Krieges ganz außerordentlich gestiegen wären.

Im folgenden will ich untersuchen, inwiefern und wie weit eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktionskosten durch den Krieg verursacht ist. Bei dieser Untersuchung müssen wir natürlich ausschließen diejenigen Gebiete landwirtschaftlicher Produktion, die durch die feindliche Invasion oder durch monatelang andauernde Einquartierung unseres Militärs gelitten haben. Zunächst steht die Tatsache unbestreitbar fest, daß die Verzinzung der für Grund und Boden und Gebäude angelegten Preise während des Krieges keinerlei Erhöhung erfahren hat. Der Handel mit Gütern hat naturgemäß während des Krieges einen gewissen Stillstand gefunden. Wäre das nicht der Fall und wäre eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktionskosten auch in bezug auf die Verzinzung höherer Bodenpreise eingetreten, dann wäre dadurch ja auch klipp und klar ein besseres Prosperieren der landwirtschaftlichen Betriebe während des Krieges bewiesen.

In der Tat veröffentlichte die „Frankfurter Zeitung“ Anfang November dieses Jahres folgende Mitteilungen über die Pachtpreissteigerungen einiger mecklenburgischer Güter:

Hof Malow: bisherige Pachthumme 9000 Mark, künftige 11 500 Mark, also mehr pro Jahr 2500 Mark; Gut Pantow: bisherige Pachthumme 17 250 Mark, künftige 22 500 Mark, also mehr pro Jahr 5250 Mark; Hof Scharow: bisherige Pachthumme 18 000 Mk., künftige 27 000 Mk., also mehr 9000 Mk.; Kammerpachthof Ganzow: Pachthumme 22 800 Mark, künftige 28 500 Mark, also mehr pro Jahr 5700 Mark. Die erzielten Pachthummen würden noch ganz andere sein, wenn die meisten Neuverpachtungen nicht unter der Hand geschehen würden, so daß eine Preistreibe also nicht stattfindet. Auch die obigen Verpachtungen haben unter der Hand stattgefunden, und besonders bemerkenswert ist, daß in allen Fällen die Pächter, die seit Jahren auf dem Hofe sitzen, dieselben geblieben sind, sie also die Ertragsfähigkeit ihrer Pachtungen sehr wohl einschätzen wissen. Es wäre unverständlich, wollte man bei der Kriegsgewinnsteuer solche Steigerungen des landwirtschaftlichen Ertrages unberücksichtigt sein lassen.

Wenden wir uns nun dem landwirtschaftlichen Betriebskapital zu. Da unterscheiden wir das tote und das lebende Inventar. Verzinungen für totes landwirtschaftliches Inventar sind während des Krieges in keiner irgendwie ins Gewicht fallenden Weise gestiegen. Das tote Betriebsinventar war eben schon vor dem Kriege angeschafft, und jeder Landwirt wird sich während des Krieges vor Neuanschaffungen gehütet haben. Ausnahmefälle, wo dringendes Bedürfnis Neuanschaffungen zu jetzt vielleicht herrschenden Kriegspreisen nötig machte, fallen nicht ins Gewicht.

Es sind allerdings von einzelnen landwirtschaftlichen Großbetriebsbesitzern jetzt Motorpflüge gekauft worden, und es entzieht sich unserer Kenntnis, ob und inwieweit für dieselben jetzt höhere Preise als vor dem Kriege angelegt werden mußten. Sicherlich waren aber diese Anschaffungen für die betreffenden Betriebe ein Bedürfnis, das schon mehr oder weniger vor dem Kriege bestanden haben dürfte, und hat der Krieg diesem Bedürfnis nur zur schnelleren Befriedigung verholfen.

Was nun das lebende Inventar anbetrifft, wir haben dabei jetzt vor allem unser hochentwickeltes Zuchtvieh im Auge, so ist leider zu befürchten, daß dieser Krieg hier Wunden schlagen wird.

Um in der Tierzucht auf die stolze Höhe zu kommen, zu der es die deutsche Landwirtschaft gebracht hat, war abgesehen von der Begabung und Intelligenz der Züchter vor allem dreierlei notwendig: Zeit, Zuchtwahl und Futter. Durch die Absperrung der ausländischen Futtermittel fehlt ein gewichtiger Faktor, um auf die Dauer unsere Herden auf ihrer Höhe zu halten. Immerhin beweist die kürzlich in Königsberg i. P. abgehaltene Herbstauktion der Herdbuchgesellschaft durch die Kaufkraft, die dort geherrscht hat, und durch die höheren Preise, die dort für Zuchtvieh erzielt sind, daß unsere Landwirte auch in der Erhaltung der Qualität der Herden die Mühe nicht ins Korn geworfen haben, so daß wir hoffen dürfen, daß der Krieg hier auf die Prosperität der Landwirtschaft auch nicht allzu schädigend einwirken wird. Zum mindesten würde eine Produktionsvermehrung, die durch verschlechterte Qualität unseres Viehbestandes eintreten würde, erst allmählich, nach Jahren sich bemerkbar machen. Zurzeit spielt sie jedenfalls noch keine Rolle.

Nun wollen wir uns dem eigentlichen landwirtschaftlichen Betrieb zuwenden und untersuchen, ob in der Tat die Wirtschaftsergebnisse in der Landwirtschaft während des Krieges so viel größer geworden sind, daß die erorbitanten

Preissteigerung der landwirtschaftlichen Produkte ihre Rechtfertigung findet.

Zunächst mal steht wieder unbestreitbar die Tatsache fest, daß die Produktionskosten und in der Hauptsache auch die Vergütungskosten der Ernte für das erste Kriegsjahr unter ganz normalen Verhältnissen standen.

Wir hatten 1914 eine außerordentlich frühe Ernte, und der größte Teil derselben war geborgen, als das Verhängnis über Europa hereinbrach.

Als im Herbst 1914 die außerordentlich hohen Höchstpreise für einzelne landwirtschaftliche Produkte festgesetzt wurden, ist von der Regierung im preussischen Abgeordnetenhaus auf unseren Protest gegen diese zu hohe Preisfestlegung auch das sonderbare Wort gefallen: Die hohen Preise wären für diese Ernte ja noch nicht gerechtfertigt, aber im Hinblick auf die Ernteschwiernisse, die der Landwirtschaft für das kommende Jahr erblühen würden, sollte die Landwirtschaft gewissermaßen schon vorentschädigt werden!

Wir wollen nun nach diesen vorausgesagten Ernteschwiernissen sehen.

Im Herbst 1914 begannen die Vorarbeiten für die neue Ernte. Da waren zuerst die Winterfelder mit Brotgetreide zu bestellen. Daß diese Arbeit nicht nur rechtzeitig, sondern auch gut ausgeführt werden konnte, wird schon dadurch bewiesen, daß wir 1915/16 mindestens soviel Brotgetreide wie im ersten Kriegsjahr zu verbrauchen haben.

Das Umklirren des Aders für die diesjährige Frühjahrspflanzung konnte trotz knappen Angehens vollständig ausgeführt werden, weil der Frost im vergangenen Winter erst sehr spät einsetzte. In Ostpreußen brachte zwar schon der November vorübergehend stärkeren Frostwetter; doch schickte eine genügend starke Schneedecke den Boden vor Festfrieren. Die Pflugarbeiten konnten auch dort bis nach Weihnacht vorgenommen werden. Dadurch ist mangelndes Angehen ausgeglichen worden.

Die Ernte des ersten Kriegsjahres war zwar keine Rekorderte, wie anfangs erwartet wurde, sie war aber doch eine recht gute und wurde in den Wintermonaten rechtzeitig verarbeitet. Die Landwirte haben bei der Ernte und den Preisen des vergangenen Jahres jedenfalls glänzende Geschäfte gemacht. Das wird wohl auch nicht bestritten werden.

Nun rückt das Frühjahr 1915 heran. Die Landwirte hatten in den Wintermonaten Zeit, sich in die Lage der Dinge zu finden, sich den Verhältnissen anzupassen, just wie unsere Industrie sich ihnen angepaßt hat. Und die Landwirte haben sich angepaßt, sie haben die Ereignisse gemeistert. Selbstverständlich hat dabei auch die Regierung pflichtgemäß ihr Teil mitgeholfen.

Die fehlenden Pferde wurden durch Ochsen oder Kühe ersetzt. Motor und Dampfplug halfen mit, die Frühjahrspflanzung konnte überall rechtzeitig erfolgen. Allerdings Kunstdünger stand nicht so reichlich zur Verfügung wie in normalen Jahren.

Die landwirtschaftlichen Kulturpflanzen brauchen Stickstoff, Phosphorsäure und Kalidünger. Von diesen drei Stoff-

en stand nur Kali in genügender Menge und zu alten Preisen zur Verfügung. Der Import von Chilisalpeter als Stickstoffdünger war abgeschnitten. Auf künstlichem Wege durch Bindung des freien Stickstoffs der Luft konnte trotzdem schon so viel Stickstoffdünger erzeugt werden, daß 50 Prozent des Bedarfs gedeckt wurden. An Phosphorsäure war ebenfalls Mangel.

Wir dürfen aber nicht außer acht lassen, daß im allgemeinen beim heutigen landwirtschaftlichen Betrieb die Kulturböden doch so angereichert sind, daß die Pflanzen nicht so zu sagen von der Hand in den Mund zu leben brauchen. Hier und da dürften die Pflanzen wohl an Stickstoffdünger Mangel gelitten haben, weil dieser Düngstoff bodenschädlich ist; doch konnte durch jahrgemäße Behandlung des natürlichen Düngers und bessere Ausnutzung der Jauche gleichfalls viel ausgeglichen werden. Die Preise für Kunstdünger waren nicht sonderlich in die Höhe gegangen.

(In einem Artikel im „Berliner Tageblatt“ vom 20. November dieses Jahres behauptet Herr Dr. Wendorf-Loth, M. d. R., daß die künstlichen Düngemittel im Preise gestiegen wären. Das entspricht aber nicht durchweg den Tatsachen, wie folgende Angaben beweisen: Das Kalidünger nicht teurer geworden ist, wird wohl von keiner Seite bestritten werden. Wie steht es mit der Phosphorsäure? Vor uns liegen Prospektive einer in diesen Kreisen beinahe ausschlaggebenden Fabrik chemischer Produkte, der Union, Steinh. Es wird offeriert für die Monate Januar bis Juni 1915 Thomashülschlacke mit 20 Prozent Gesamtphosphorsäure für 550 Mark; für die Monate Juli bis Dezember 1915 ebensolches für 570 Mark; vom 1. Januar bis 15. Juli 1915 daselbst für 485 Mark; vom 16. Juli bis 31. Dezember 1915 daselbst für 520 Mark. Es wird offeriert Superphosphat, 18 Prozent Phosphorsäure enthaltend, pro Zentner vom 19. Januar 1914 ab mit 3,25 Mark; vom 1. Juni 1914 ab mit 3,25 Mark; für die Frühjahrssaison 1915 mit 3,20 Mark. Dann erfolgt gleich hinterher eine ganz unbedeutende Erhöhung des Preises für die Frühjahrssaison 1915 auf 3,30 Mark; für den Herbst 1915, also für die Wintergetreideernte des Jahres 1916 erfolgt dann die erste überhaupt in Betracht kommende Erhöhung des Preises dieses Düngemittels, aber auch nur auf 4,63 1/2 Mark!

Wie steht es nun mit dem Stickstoffdünger? Es wird offeriert Ammoniat-Superphosphat, enthaltend 4 Prozent Stickstoff und 11 Prozent Phosphorsäure, pro Zentner vom 19. Januar 1914 ab mit 5,80 Mark; vom 1. Juni 1914 ab mit 5,70 Mark; für die Frühjahrssaison 1915 mit 5,60 Mark. Dann erfolgt eine unbedeutende Erhöhung des Preises für die Frühjahrssaison 1915 auf 5,70 Mark. Erst für den Herbst 1915, also wieder für die Wintergetreideernte des Jahres 1916 erfolgt dann die erste Erhöhung des Preises an diesem Düngemittel, und zwar auf 7,30 Mark. Wir konstatieren also nochmals die Tatsache, daß sämtliche landwirtschaftliche Produkte dieses Jahres ohne in Betracht fallende Erhöhung der Ausgaben für Kunstdünger gebaut sind. Die Erhöhung, die für 1916 vorgezogen ist und eigentlich auch nur Stickstoffdünger betrifft, ist ja auch noch so unbedeutend, daß ihr auch die Preisbildung der landwirtschaftlichen Produkte noch kaum Rolle zukommt. Herr Dr. Wendorf-Loth wird mir also zugeben müssen, daß die Steigerung der Preise für Kunstdünger so unbedeutend ist, daß sie bisher wenigstens noch nicht ins Gewicht fallen konnte!

Von den Kriegsschauplätzen.

Den Verlust der ihnen von den Deutschen abgenommenen Höhe 193 nordöstlich von Souain scheinen die Franzosen nicht so schnell überwinden zu können. Immer wieder versuchen sie, die Stellung wieder zu holen. Der Versuch mißlang jedoch. Wie die Oberste Heeresleitung mitteilt, ist diese Höhe fest in deutscher Hand. — An anderen Stellen der französischen Front herrschte eine lebhaftere Artillerietätigkeit.

In Montenegro schreiten die Operationen weiter erfolgreich fort. Ueber 6000 Gefangene und 40 serbische Geschütze wurden in Nordost-Montenegro erbeutet.

Die englisch-französischen Landungsstruppen erlitten in Mazedonien abermals eine schwere Niederlage und mußten sich weiter nach der griechischen Grenze zurückziehen. Die Bulgaren setzten sich in den Besitz wichtiger französischer Stellungen.

Die Entente schwankt noch immer, ob sie die für sie bisher unglücklich verlaufene Balkanexpedition fortsetzen soll oder nicht. Ueber dieses Hin- und Herschwanken weiß der Pariser Korrespondent des „Secolo“ folgendes zu melden: „Die Balkanexpedition erreichte wegen der Ausflüchte der Engländer und der Langsamkeit der anderen Alliierten ihren Zweck nicht. Jetzt handle es sich um eine Fortsetzung oder

Aufgabe der Expedition. Die Frage sei, ob die Balkanexpedition dem europäischen Kriege zugute komme, nicht aber, ob sie in besonderem Hinblick auf die Serben nützlich sein könne. Frankreich sei der Fortsetzung der Balkan-Expedition günstig gestimmt; es wünsche aber, daß eine größere Leistung von den Heeren derjenigen dargebracht würde, die keine Sorge um ihre nationalen Grenzen hätten. Frankreich sei der Meinung, bereits genug getan zu haben und möchte nicht, daß ihm auch in diesem Falle die größte Leistung zugemutet würde. Ritchener — wenn nicht die ganze englische Regierung — sei mehr für die Aufgabe der Balkan-Expedition. Ritchener sei in dieser negativen Ueberzeugung nach seiner Rede fester, als je und wolle eine Expedition nach Klein-Asien organisieren; Frankreich verspüre jedoch wenig Lust, Ritchener hierbei zu folgen. Frankreich wolle sich nicht an einem Eroberungskrieg im Orient beteiligen, der den Kriegszwecken der französischen Bestrebungen fernliege. Diese beschränkten sich immer mehr auf das westliche Becken des Mittelmeeres und ließen England und Italien immer mehr freie Hand im östlichen Becken. Wenn also die Expedition nach Klein-Asien unternommen werden solle, müßten fast ausschließlich England und Italien die Streitkräfte stellen, falls sich letzteres den Vätern des euro-

...wenn es zu einem ... kam. Die Toten und Gefangenen ... 244., 371. und 372. französischen Regiment an. Unsere Abteilungen verfolgten die englisch-französischen Truppen ... Kosturino auf Rabowo-Kuz-Balandowo. Nach hartnäckigem Kampfe, der den ganzen Tag fortdauerte, gelang es unseren Truppen, sich der sehr starken englisch-französischen Stellung auf der Linie Protan-Memioh-Kajani und des Ortes Metowo zu bemächtigen. Die Engländer und Franzosen befestigten diese Stellung seit dem ersten Tag ihrer Ausschiffung in Saloniki und machten daraus eine Verteidigungslinie ersten Ranges. Wir machten dort 400 Engländer zu Gefangenen und eroberten zehn englische Geschütze mit Munitionswagen. Die Gefangenen und toten Franzosen tragen als Regimentsnummern die des 175. und 176. Infanterieregiments; einige unter ihnen die des 2. Zuwenregiments. Die englisch-französischen Truppen besaßen sich in überkürztem Rückzuge südlich der Linie Rabowo-Balandowo und jenseits Kosru-Bere. In diesem Frontabschnitt erlitten die Engländer und Franzosen außerordentlich schwere Verluste an Toten und Verwundeten, die sie in der Hast ihres Rückzuges nicht mitnahmen. Die Kämpfe dauern an.

Der weitere Bericht lautet: Unsere Verfolgung auf beiden Seiten des Barbar südlich Kosturino dauert fort. Die Engländer und Franzosen leisten mit starker Artillerie und zahlreichen Maschinengewehren auf dieser Stellung verzweifelten Widerstand. Da sie jedoch den starken Druck unserer Truppen nicht aushalten können, verlassen sie rasch ihre Stellungen und gehen zurück. Unsere auf beiden Bardar-Ufern verfolgenden Kolonnen verließen bereits den Südausgang des Engpasses bei Demir Kapu und langten südlich der Bahnstation Mitrova an. Am rechten Bardar-Ufer machten wir Gefangene von den französischen Regimentern 421, 148, 48 und 84. Unsere südlich Kosturino vorrückenden Truppen erreichten den Kosmubere-Fluß und besetzten die Dörfer Calli, Tartazi, Rabowo, Balandowo und Hudowo, woselbst sich der Standort des Hauptquartiers des Generals Sarrafil befindet. Die Franzosen steckten die Bahnhöfe Hudowo und Mitrova in Brand. Wir erbeuteten von den Franzosen beim Bahnhof Hudowo 500 Kisten Patronen, viel Proviant, Sanitätsmaterial sowie viel anderes Material, beim Bahnhof Mitrova 30000 Kilogramm Weizen, Fässer mit Kakaobutter, Wein und vieles andere, ferner von den Engländern fünf Maschinengewehre und viele Gewehre. In den feindlichen Stellungen blieben zahlreiche Gewehre, Telegraphenmaterial und Kriegsmaterial, in den englischen Stellungen eine Menge Bettfedern zurück. Unsere Verluste sind unbedeutend, die des Gegners ungeheuer. Das Kampffeld ist besät mit englischen und französischen Leichen und zurückgelassenen Verwundeten, von denen viele seit drei bis vier Tagen noch nicht verbunden sind. Sie erzählen, daß ihre Ärzte schon bei Beginn der Kämpfe fortgelaufen sind. Beim Rückzuge nahmen die Engländer und Franzosen die ganze Bevölkerung mit. In der türkischen Front rücken unsere Truppen nach der Einnahme Dhridas auf Nord-Ufer des Dhrida-Sees gegen Sturga vor. Die östliche Hälfte der Stadt am rechten Ufer des Drin ist bereits in unseren Händen. Der Gegner zerstörte die Brücke in der Stadt. Er leistet auf dem linken Flußufer Widerstand.

Der Beschluß des Entente-Kriegsrats.

Ein Telegramm des Pariser „Secolo“-Korrespondenten spekuliert ein Anzeichen dafür zu sein, daß der Entente-Kriegsrat beschlossen hat, das Expeditionskorps von Saloniki nicht einzuschiffen, sondern vielmehr nach dem Zusammenbruch der ersten Phase des Balkanfeldzuges einen zweiten mit vermehrten Kräften zu beginnen, um zu verhindern, daß das deutsche Heer zur Bedrohung Ägyptens frei werde. Der Berichterstatter, der natürlich das Sprachrohr des Tages ist, greift sodann das Kabinett Salandra-Sonnino an, weil es dem Zuge nach Albanien nur den Charakter einer roten-Kreuz-Mission geben wolle. Er fordert Italien auf, gegen eine vorher festgelegte Entschädigung die größte Kraft auf dem Balkan zu entfalten, um gemeinsam mit dem beherabsetzten Heer von Osten, Süden und Westen das Heer der Verbündeten zu erdrücken. Dasselbe Blatt schreibt an anderer Stelle, die Engländer und Franzosen müßten auf dem Balkan nur solange kämpfen, wie es ihre Waffenehre erfordere.

Der Seekrieg.

Von der Tüchtigkeit der U-Boote.

Nach einer Drahtmeldung aus London vom 6. d. Mits. teilt „Daily News“ mit, es bestehe Grund zur Annahme, daß binnen kurzer Zeit die Tüchtigkeit der englischen Unterseeboote in der Ostsee und im Bostnischen Meerbusen durch Eis erschwert würde. Diese zweifellos jenuierte Nachricht in Verbindung mit den beiden vorhergehenden Nachrichten (vergl. die obige Meldung) läßt, wenn auch nicht auf ein ganzliches Einstellen der englischen U-Boot-Tätigkeit in der Ostsee, so doch darauf schließen, daß man sich in England auch noch auf weiteres Verlagen in dieser Beziehung gefaßt macht.

Der Marine-Korrespondent der „Times“ schreibt über Seeherrschaft und Unterseeboote: „Es muß zugestanden werden, daß unsere eigenen Bemühungen in der Ostsee und im Maramarameer nur eine vorübergehende und teilweise Wirkung gezeigt haben. Der Gewinn liegt weniger auf materiellem als auf moralischem Gebiete.“

In diesen englischen Mißerfolgen steht — wie Wolffs Bureau meldet — die anhaltend erfolgreiche Tätigkeit deutscher und österreichisch-ungarischer U-Boote mit bisher 508 lediglich durch U-Boote verurteilten Fahrzeugen von insgesamt 917 819 Tonnen in erfreulichem Gegensatz.

Nach einem Londoner Telegramm, das die Pariser Ausgabe des „New York Herald“ veröffentlicht, betrug die Zahl der im November von deutschen Unterseebooten, Minen oder Kriegsschiffen verurteilten Schiffe: 35 Segelschiffe von zusammen 4977 Tonnen und 53 Dampfer mit 61 072 Tonnen Gehalt. Die Zahl der Getöteten beläuft sich auf 652.

Verjunkte Schiffe.

Der Dampfer „Dante Alighieri“ (178 Brutto-Reg.-Tonnen) ist verjunkt worden. — Der norwegische Dampfer „Arens“ ist verjunkt worden. Der Steuermann erkrankte. Die übrige Besatzung wurde getötet. — Der britische Dampfer „Balaris“, 2705 Brutto-Reg.-Tonnen, wurde verjunkt. Die Besatzung wurde in Alexandria gelandet.

Nach amtlichen Berichten wurde der griechische Dampfer „Dimitrios Spurlandris“, 3744 Brutto-Reg.-Tonnen, von Alexandria mit einer gemächlichen Ladung nach England unterwegs. 150 Meilen von Alexandria durch ein deutsches Unterseeboot torpediert. Die Besatzung verließ das Schiff in Booten, die vom U-Boot einige Zeit in Schlepptau genommen

wurden. Ein britischer Dampfer, der sich auf dem Wege nach Alexandria befand, nahm die Schiffbrüchigen auf, wurde aber am selben Tage von demselben U-Boot 25 Meilen von Alexandria torpediert. Die Griechen und Engländer versetzten sich in Booten und wurden von einem anderen britischen Dampfer drei Meilen von Alexandria aufgenommen und an Land gebracht.

Der Fall „Baralong“.

Das englische Pressbureau teilt mit, daß die Umstände, unter welchen die Verführung des deutschen U-Bootes und die Tötung der Besatzung durch den Dampfer „Baralong“ im August 1915 vor sich gingen, Gegenstand der Korrespondenz zwischen England und den Vereinigten Staaten bilden. Die britische Regierung werde deshalb gegenwärtig nichts veröffentlichten, außer, daß sie die unbewiesene Beschuldigung des Reichskanzlers zurückweise.

Die Kämpfe im Orient.

Der türkische Heeresbericht

Am 12. Dezember meldet: An der Irak-Front bemächtigten sich unsere Truppen durch energische Angriffe der vorgeschobenen Stellungen des Feindes bei Kut-el-Amara. Der Verluste des Feindes in diesem Kampf betragen über 700 Mann, die unsrigen an Toten und Verwundeten noch nicht 200. An der Kaukasus-Front im Abschnitte von Milo warfen wir mit Verlusten für den Feind einen Angriff gegen unsere vorgeschobenen Stellungen, der zwei Stunden dauerte, zurück. An der Dardanellen-Front bei Anaforta hielt das übliche Artilleriequell an. Unsere Artillerie traf zweimal ein feindliches Schiff und dreimal ein Panzerschiff bei Kemiklisan. Bei Ari Burnu Bombenkampf. Drei Kreuzer, ein gepanzerte Ponton und Landbatterien eröffneten ein Feuer, das ununterbrochen eine Stunde währte, verursachten aber nur unbedeutenden Schaden. Unsere Artillerie erwiderte das Feuer, traf zweimal einen Kreuzer, der gezwungen wurde, sich zu entfernen, und zerstörte feindliche Bombenwerfer-Stellungen bei Rankhür. Bei Seddul Bahr brachte unsere Artillerie das Schleudern von Minen zum Stillstand und zerstörte einige feindliche Bombenwerfer-Stellungen. Am 10. Dezember Minenwerfen und Beschichtung gegen alle unsere Stellungen. Wir eröffneten lebhaftes Gegenfeuer und brachten die feindlichen Batterien unserem linken Flügel gegenüber zum Schweigen.

An der Irak-Front besetzten wir den Ort Cheikh Said östlich von Kut-el-Amara an der feindlichen Rückzugsstraße. Unsere Artillerie brachte bei Kut-el-Amara einige feindliche Pontons und einen Kriegsmonteur zum Sinken. An der Kaukasus-Front nur Scharmützel zwischen Patrouillen und Vorposten. An der Dardanellen-Front beschossen ein Monitor und ein Torpedoboat nördlich Abjeftiman und einige Panzerschiffe bei Kemiklisan, unterstützt durch die Beobachtungen von Luftballons, unsere Stellungen und das Hospital von Torsunkoentzi, wo durch das feindliche Feuer sieben Soldaten getötet und einer verwundet wurde. Bei Ari Burnu auf dem rechten Flügel fand in der Nacht vom 10. zum 11. Dezember Kampf mit Bomben statt.

Eingestellter Schiffsverkehr mit Tripolis.

Die italienischen Schifffahrtslinien geben die gängliche Einstellung des Handelschiffsverkehrs mit Stadt und Kolonie Tripolis bekannt.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Abberufung der deutschen Gesandtschafts-Attaches in Washington.

Der deutsche Botschafter Graf Bernstorff teilte Staatssekretär Laning mit, das der Marine-Attache Boy-Ed und der Militär-Attache Papan abberufen wurden. Gleichzeitig ersuchte der Botschafter um freies Geleit für die beiden.

Nach der „Morning Post“ teilte Staatssekretär Laning Graf Bernstorff mit, daß die Vereinigten Staaten nach dem internationalen Gebrauche nicht verpflichtet seien, für Boy-Ed und Papan freies Geleit zu erwirken, sondern nur dazu, Maßregeln für ihren persönlichen Schutz zu ergreifen, solange sie unter der amerikanischen Gerichtsbarkeit, nämlich innerhalb der Zone der Territorialgewässer sich befinden. Militär- und Marineattaches seien keine Diplomaten und könnten nach Ansicht von Kennern des Völkerrechts auf hoher See zu Kriegsgefangenen gemacht werden.

Neueren Meldungen zufolge ersuchte das Staatsdepartement den britischen und französischen Botschafter, den deutschen Attaches Boy-Ed und von Papan freies Geleit zu gewähren.

Neue Unruhen in Schanghai.

Nach einer Depesche aus Schanghai erneuerte sich der Aufruhr im Hafen bei der Flotte. Die Meuterer griffen die Kriegsschiffe an und bemächtigten sich dreier Kreuzer. Sie beschossen dann das Arsenal. Auch in die Fremdenniederlassungen fielen einige Geschosse.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Arbeiten des Reichstags.

Die Absicht, den ganzen Beratungsstoff noch vor Weihnachten erledigen zu können, ist endgültig fallen gelassen worden. Die Arbeiten der Haushaltskommission haben einen solchen Umfang angenommen, daß es sogar fraglich geworden ist, ob dort alles noch vor Weihnachten erledigt werden kann. So sind z. B. zu den Ernährungsfragen über 130 Anträge eingebracht worden. In die Beratung der Ernährungsfragen schließt sich die Erörterung der Sozialpolitik. Auch hier liegen Anträge von weittragender Bedeutung vor; es sei nur erinnert an die sozialdemokratischen Anträge auf Besserstellung der Kriegerfamilien. Dann folgt die Beratung der Senjur, des Belagerungszustandes und endlich der militärischen Angelegenheiten. Hier dürfte vor allen Dingen die Beratung der zur Abänderung der Kriegsbevollmächtigung gestellten Anträge geraume Zeit erfordern. Man nimmt deshalb an, daß der Reichstag nächsten Freitag und Sonnabend noch je eine Plenarsitzung abhalten und sich dann bis nach Neujahr verlagern wird. — In der Plenarsitzung vom nächsten Dienstag steht außer den Reichstagsmitgliedern kleinen Anträgen die Beratung der neuen Kriegskreditvorlage auf der Tagesordnung.

Ausländische Stimmen zur Reichstagskanzlerrede.

Zur Rede des Reichskanzlers schreibt der Mailänder „Corriere della Sera“, er sei geneigt zu glauben,

daß das deutsche Wort nicht müßlos sei, schon deswegen, weil man die moralischen Energien beim Gegner nie unterschätzen dürfe. Betreffs der Antwort des Reichskanzlers auf die Anfrage Schreidemanns meint der „Corriere della Sera“, daß der Krieg noch weiter dauern müsse und daß weitere dauere werde.

Die Londoner „Daily News“ schreibt in einem Leitartikel: Es ist Unfaim, England als unbedingten Gegner des Friedens hinzustellen. Niemand weiß es besser als der Reichskanzler. Die Alliierten verlangen nur Gerechtigkeit für Belgien, Serbien, Frankreich, Europa und für die Humanität, die durch das Verbrechen des deutschen Militarismus gefährdet wurde. Das wirkliche Geheimnis und das wirkliche Hindernis für den Frieden liegt in den Zielen nicht Englands, sondern Deutschlands. Was sind die Ziele und Absichten dieser weitreichenden Angriffsbewegungen Deutschlands? Es ist unmöglich, es zu sagen, außer daß der Beweggrund durchweg in der Vergrößerung Deutschlands auf Kosten seiner Nachbarn liegt. Wenn Preußen mit den Waffenerfolgen und mit dem Friedenswerk, das Deutschland in den eroberten Gebieten ausführt, kann dieses wesentliche Ziel verbergen und rechtfertigen. Bis Deutschland von diesem wüsten Ehrgeiz gereinigt ist, kann keine wirkliche Hoffnung auf Frieden bestehen.

Neuer meldet eine Auswahl amerikanischer Blätterstimmen über die Rede des Reichskanzlers aus den bekannten anaphilen New Yorker Blättern. Der „Herald“ schreibt: Deutschland verlangt Frieden, den es als Sieger abschließen will, mit einem Feinde, der so geschwächt sein soll, daß er nie mehr kämpfen kann. Deutschland kann aber niemand finden, mit dem es über Frieden verhandeln könnte. In den Ländern der Alliierten denkt man nicht an Friedensschluss.

Die „Tribüne“ erklärt: Die Alliierten seien davon überzeugt, daß sie siegen würden. „World“ nennt Deutschland eine belagerte Festung. Die „Newark Times“ schreibt: Die Alliierten werden die Verantwortung für die Fortsetzung des Krieges gern auf sich nehmen.

Schweden.

Differenzen im Kabinett. Zwischen dem schwedischen Ministerpräsidenten Hammarshjöld und dem Minister des Auswärtigen Knud Wallenberg haben sich schwere Differenzen ergeben, die, nach zuverlässigen Nachrichten, zum Rücktritt Wallenbergs führen dürften. Der Ministerpräsident gilt in weit höherem Maße als Wallenberg als Gegner der famosen Englisch-Russisch-Schwedischen Transito-Gesellschaft, die den schwedisch-russischen Verkehr unter Ambergung der schwedischen Regierung regeln will.

Mien.

Yuanzhikai Kaiser von China? Der „Associate Press“ wird aus Peking gemeldet, daß Yuanzhikai die Kaiserwürde angenommen habe.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, 13. Dezember.

Zahltag für die Kriegsunterstützung. Die Stadtkasse macht bekannt: 1. Zahltag: Ausweiskarten Nr. 1—3000 am 1. und 16. jeden Monats. 2. Zahltag: Ausweiskarten Nr. 3001—6000 am 2. und 17. jeden Monats. 3. Zahltag: Ausweiskarten Nr. 6001 bis 9000 am 3. und 18. jeden Monats. 4. Zahltag: Ausweiskarten Nr. 9001 und folgende am 4. und 19. jeden Monats. Jällt ein Zahltag auf einen Sonn- oder Feiertag, so verschoben sich dieser und die folgenden Zahlungstermine um je einen Tag. Es wird ersucht, die Unterstützungen nur an den Zahltagen abzugeben.

Ortskrankentassenverband für die Hansestädte. Auf Veranlassung des Zentralverbandes der deutschen Ortskrankentassen tagte gestern im Patriotischen Gebäude in Hamburg eine Versammlung von Delegierten der Ortskrankentassen der Hansestädte und der umliegenden Wirtschaftsgebiete behufs Gründung eines Unterverbandes für diesen Bezirk. Der Vorsitzende des Zentralverbandes, Jul. Frähdorf-Dresden hielt zuerst ein Referat: „Die Pflichten der Ortskrankentassen während des Krieges und nach demselben“, das seines instruktiven Inhalts wegen allseitig mit Beifall aufgenommen wurde. Alsdann wurde der Entwurf des Statuts beraten und mit wenigen Änderungen angenommen, wodurch die Gründung des Unterverbandes perfekt wurde. Die Wahl des Vorstandes ging nicht so glatt von statten, da möglichst viel Kassen in demselben vertreten sein wollen. Der Geschäftsführer des Zentralverbandes Lehmann-Dresden sprach alsdann über das Verhältnis der Ortskrankentassen zu den Apothekern und den Ärzten. Im ersten Teil seiner Rede redete er der Selbstversorgung der Krankentassen mit den Mitteln der Handverkaufsliste das Wort. Die Bestrebungen zur Einführung einer einheitlichen Sonderverkaufsliste in ganz Deutschland durch den Zentralverband der D.R.G. wurden gewürdigt. Das Verhältnis zu den Ärzten wurde trotz des Berliner Abkommens vom Dezember 1913 stellenweise immer noch als ein recht unbefriedigendes bezeichnet. — Alsdann referierten die drei Verwaltungschefs der Allgemeinen Ortskrankentassen Hamburg, Lübeck und Bremen über „Die Berücksichtigung der unständigen Arbeiter“. Die Mannigfaltigkeit der Berufsverhältnisse in diesen Fällen ließ den Wunsch in der Debatte mehrfach durchdringen, daß es dem neugegründeten Unterverband gelingen möge, wenigstens in dem Wirtschaftsgebiete der Hansestädte die Berücksichtigung dieser Arbeiterkategorien mehr einheitlich zu gestalten. Die Erörterung praktischer Verwaltungsfragen bildeten den Schluß der Verhandlungen. Zu erwähnen ist noch, daß die Versicherungsämter der drei Städte auf der Tagung vertreten waren.

Wo bleiben die Höchstpreise für Marmelade? Der Kriegsausgleich für Konsumtenteuren schreibt uns: Weil Fett und Butter knapp sind, wird jetzt viel mehr Marmelade und anderer süßer Brotaufstrich verzehret, als früher. Das ist gut so; denn es sind gesunde Nahrungsmittel und es ist ein Glück, daß wir in diesem Jahre eine überaus reiche Obsternte hatten und daß auch Zucker im Überflusse da ist. Wir konnten daher große Mengen von Marmelade und Obstsuppen verhältnismäßig billig herstellen, so daß sich der Verzehr noch ganz gewaltig steigern läßt. Um so erstaunlicher ist es aber, daß die Verbraucher trotz der reichlichen Bezugspreise ganz ungewöhnlich hohe Preise zahlen müssen und die Preise sind noch immer im Steigen begriffen. — Diese Zustände sind unhaltbar. Sie drohen untraglich zu werden, wenn die Marmelade nicht sofort einzugeht. Warum ist sie auf diesem Wege nicht gehoben? Die Bundesratsverordnung vom 11. November ermächtigt den Reichskanzler, Höchstpreise für Obstsuppen, Marmelade, Honig, Kunsthonig, Rübenzucker und sonstige Zuckersäfte zum Katastralfuß festzusetzen. Nach ihnen sollten dann die Gemeinden Kleinhandelshöchstpreise normieren. Welchen Zweck hat aber ein solches schon? Bestenfalls, wenn man keinen Gebrauch von ihr macht? Der Erlaß der Verordnung läßt doch darauf schließen, daß die Regierung bereits am 11. November die Verhinderung hatte, daß auch auf diesem Gebiete etwas getan werden muß und zudem sind die Verhältnisse nicht besser, sondern nur schlechter geworden. Darum ist längeres Abwarten nicht möglich.

Preßstimmen zur Friedensinterpellation im Reichstage

Der „Vorwärts“ teilt an der Spitze des Blattes mit: „Wir wollten über die Reichstagsführung einen Artikel bringen, der die Verhandlungen von unserm Standpunkt aus einer Würdigung unterzöge. Leider sind wir nicht in der Lage, den Artikel unseren Lesern zur Kenntnis bringen zu können. Wir müssen es deshalb den Genossen überlassen, sich auf Grund des Verhandlungsberichtes selbst ihr Urteil über die historischen Vorgänge dieses Tages zu bilden. — Bürgerliche Zeitungen haben ihre Meinung geäußert.“

Der „Berliner Lokalanzeiger“ schreibt im zweiten Artikel über die Reichstagsverhandlungen: „Wir sind um einen erheblichen Schritt vorwärts gekommen: wir wissen, daß, je länger die Feinde uns zwingen, diesen Krieg fortzuführen, desto schwerer die Bedingungen werden müssen, unter denen der Frieden für sie zu haben sein wird; wir wissen ferner, daß unsern Feinde weder im Osten noch im Westen Einfallstore behaltem werden, von denen aus sie jederzeit wieder über uns herfallen könnten; und wir wissen endlich, daß der Reichstag bereit ist, der Regierung zu folgen, wenn sie Gebietsveränderungen verlangen sollte, die notwendig sind, um Deutschlands militärische, politische und wirtschaftliche Zukunft dauernd zu sichern. Das deutsche Volk ist fest entschlossen, die Früchte seiner mit teurem Blute erstrittenen Siege nicht wieder entziehen zu lassen; darin haben die berühmten Wortführer der Sozialdemokratie ebenso unzweideutig Stellung genommen, wie der Redner der bürgerlichen Parteien.“

Das „Berliner Tageblatt“, das hervorhebt, die Scheidemannsche Rede sei, wie man sich auch zu ihrer Tendenz stellen möge, die staatsmännische Rede des Tages gewesen, beschäftigt sich im weiteren nur noch mit den Ausführungen des Genossen Landsberg:

„Herr Dr. Landsberg las aus einigen Sätzen in der Rede des Reichstagslers ein Bekenntnis zu gemäßigten Friedensbedingungen, eine Abiage an die Eroberungsionatiker heraus. Er betonte, die Behauptungen Darlegungen über die Friedensziele seien weniger anexionistisch als die gemeinsame Erklärung der bürgerlichen Parteien. In seinen Endworten wies dieser zweite sozialdemokratische Redner, ganz wie vor ihm Scheidemann, mit kräftigen Worten die eskalationsstinglichen Hoffnungen der französischen Sozialisten zurück. Wir haben gestern abend gesagt, wir hätten in der Rede des Reichstagslers jegliche klare und entschiedene Ablehnung der von unverantwortlichen Kreisen und Personen eifrig betriebenen gigantischen Eroberungsprojekte vermisst. Eine unzweideutige Trennung zwischen der Reichspolitik und solcher, zum Teil gedankenlosen und zum Teil gewissenlosen Projektionemacherei schien uns in dieser Debatte wünschenswert zu sein.“

Die „Tägliche Rundschau“ schreibt: „Es muß den beiden sozialdemokratischen Rednern, Scheidemann und Landsberg, das Zeugnis ausgestellt werden, daß sie in der Begründung ihrer Anfrage alles taten, um den Feinden die Möglichkeit einer falschen Deutung zu nehmen.“

Zu der Erklärung der bürgerlichen Parteien, daß bei den Friedensverhandlungen die militärischen, wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Interessen Deutschlands im ganzen Umfange und mit allen Mitteln einschließlich der dazu erforderlichen Gebietsveränderungen gewahrt werden müßten, bemerkt dasselbe Blatt:

„Das war gut und doch zu wenig. Es hätte wirklich nichts geschadet, wenn die bürgerlichen Parteien ihre Meinung über Krieg und Frieden einzeln und kräftig gesagt hätten. Die Einschränkung der öffentlichen Meinungsfreiheit, wie sie bei uns durch Zensur und andere Verbote allzu streng gehandhabt wird, hat gerade auf die bürgerlichen Parteien lähmend gewirkt, da sie ihr aus patriotischen Gründen entgegenkommen zu müssen glauben, während sich die Sozialdemokratie unbefümmert durchsetzt. So wird eine Atmosphäre von Angstlichkeit, Unsicherheit, Halbheit, Gedrücktheit geschaffen, aus der sich die Sozialdemokraten allein als Willenskräftige und Zielstärkere hervorheben können, während die bürgerlichen Parteien, wie am gestrigen Tage, als Staffage erscheinen oder ihre Tatkraft in einer nebensächlichen — Dummeit erschöpfen.“

Die „Deutsche Tageszeitung“:

„Von besonderer Wichtigkeit ist in anderer Hinsicht der Versuch des Abg. Landsberg, einen Trennungsstrich zwischen den Erklärungen des Reichstagslers und der Rundgebung der bürgerlichen Parteien zu machen. Demgegenüber möchten wir doch darauf aufmerksam machen, daß der Reichstagsler bereits früher von realen Bürgschaften und auch heute von Machtgrundlagen für die zu erstrebenden Bürgschaften für unsere Zukunft gesprochen hat.“

In der „Germania“, finden sich diese Sätze: „Die von Herrn Scheidemann vertretene Partei wünscht aus anderen Gesichtspunkten eine Stellungnahme zur Friedensfrage als unsere Feinde; er sieht unsere Stärke und unsere unerschütterliche Stellung und urteilt wie ein Idealist, daß der Starke das erste Recht und die erste Pflicht habe, den Frieden anzugehen, wenn — die Unabhängigkeit und Sicherheit des Reiches voll gewährleistet ist.“

Unbefriedigt ist der konservative „Reichsbote“. Er sieht in den sozialdemokratischen Reden zur Interpellation nur „academische Erörterungen“ und polemisiert mit einigen unsachlichen Redensarten gegen die Bemerkung des Genossen Scheidemann, daß die annekstionslüsternen Elemente zur Verlängerung des Krieges beitragen.

Die Lebensmittelversorgung vor der Budgetkommission.

(Sitzung vom 9. Dezember.)

Für die Spezialberatung war die ganze Sache nach Materien geordnet. Zunächst standen zur Verhandlung die organisatorischen Maßnahmen.

Dazu lag ein Antrag der Sozialdemokraten vor, der fordert: Organisation der Versorgung mit unentbehrlichen Nahrungsmitteln (Kartoffeln, Fleisch und Fett) durch Beschlagnahme, Rationierung und Höchstpreise. Außerdem Anträge des Zentrums, die verlangen: 1. daß Höchstpreise möglichst für sämtliche Bedürfnisse des täglichen Lebens, sei es durch das Reich, durch die Einzelstaaten oder durch die Gemeindeverbände, eingeführt werden, und zwar für den Erzeuger, für die Lieferungsverbände, für den Großhandel und für den Kleinhandel; 2. daß die Vermittlungsgebühren sämtlicher für Erzeuger und Verbraucher geschaffenen Bezugs- und Vermittlungsvereinigungen des Reichs, der Einzelstaaten, der Gemeinden usw. herabgesetzt werden auf die niedrigste zu bemessenden Selbstkosten und daß die etwaigen Ueberschüsse dieser Vereinigungen an die Reichskasse für die Kriegsinvalidenfürsorge abgeliefert werden. Ferner eine Resolution, die besagt: den Herrn Reichskanzler angefleht, die Einführung der Verhältnisse in den letzten Monaten erneut zu erlöchen, doch während der gegenwärtigen Tagung des Reichstages zur Versorgung der Bevölkerung Deutschlands mit Nahrungsmitteln usw. schleunigst eine Zentralkasse für Lebensmittelversorgung beim Bundesrat zu schaffen, unter Hinzuziehung eines Beirats, der aus vom Reichstag ernannten Mitgliedern besteht. Die Zentralkasse erhält das Recht, Lebensmittel zu beschlagnehmen, zu enteignen, um sie den Kommunalverbänden zu überlassen. — Abg. Graf Restarup regt eine Vereinheitlichung der in den einzelnen Gebieten des Reiches bestehenden Zentralkassen für Lebensmittelversorgung an. — Abg. Erzberger: Die Zentralkasse ist vom Reichstag bereits beschlossen worden. Die Regierung hat aber nur eine Preisprüfungsstelle eingerichtet, in der feineren Anträge gestellt werden dürfen. Man soll sich nicht darüber täuschen, daß das Maß von Unmut im Volke kein geringes ist. Pflicht des Reichstages ist es, hier ganz gründlich Abhilfe zu schaffen. Zu der neu geforderten Zentralkasse muß das Volk Vertrauen haben können, denn die Regierung hat das in sie gesetzte Vertrauen nicht erfüllt. In dieser Zentralkasse müßten Abgeordnete aller Parteien mitwirken. Dann wird das Volk wieder Vertrauen gewinnen. Diese Zentralkasse muß aber mit weitgehenden Machtbefugnissen ausgerüstet werden. Die Preise kann sich nicht frei drehen, dieser Mangel muß ausgeglichen werden durch die Mitwirkung von Abgeordneten, die die Wünsche des Volkes genügend kennen. Die ganze Frage der Kartoffelversorgung ist verkehrt angefaßt worden. Diese Zentralkasse mit ihrem Beirat wird es an rascher Arbeit gewiß nicht fehlen lassen. Es muß unbedingt vermieden werden, daß sich Dinge abspielen, die den Kriegswillen der Gegner härten können. Die Abgeordneten, die im Beirat sitzen, müssen ständig arbeiten, nicht nur in gelegentlichen Sitzungen.

Die Lebensmittelversorgung vor der Budgetkommission.

(Sitzung vom 9. Dezember.)

Für die Spezialberatung war die ganze Sache nach Materien geordnet. Zunächst standen zur Verhandlung die organisatorischen Maßnahmen.

Dazu lag ein Antrag der Sozialdemokraten vor, der fordert: Organisation der Versorgung mit unentbehrlichen Nahrungsmitteln (Kartoffeln, Fleisch und Fett) durch Beschlagnahme, Rationierung und Höchstpreise. Außerdem Anträge des Zentrums, die verlangen: 1. daß Höchstpreise möglichst für sämtliche Bedürfnisse des täglichen Lebens, sei es durch das Reich, durch die Einzelstaaten oder durch die Gemeindeverbände, eingeführt werden, und zwar für den Erzeuger, für die Lieferungsverbände, für den Großhandel und für den Kleinhandel; 2. daß die Vermittlungsgebühren sämtlicher für Erzeuger und Verbraucher geschaffenen Bezugs- und Vermittlungsvereinigungen des Reichs, der Einzelstaaten, der Gemeinden usw. herabgesetzt werden auf die niedrigste zu bemessenden Selbstkosten und daß die etwaigen Ueberschüsse dieser Vereinigungen an die Reichskasse für die Kriegsinvalidenfürsorge abgeliefert werden. Ferner eine Resolution, die besagt: den Herrn Reichskanzler angefleht, die Einführung der Verhältnisse in den letzten Monaten erneut zu erlöchen, doch während der gegenwärtigen Tagung des Reichstages zur Versorgung der Bevölkerung Deutschlands mit Nahrungsmitteln usw. schleunigst eine Zentralkasse für Lebensmittelversorgung beim Bundesrat zu schaffen, unter Hinzuziehung eines Beirats, der aus vom Reichstag ernannten Mitgliedern besteht. Die Zentralkasse erhält das Recht, Lebensmittel zu beschlagnehmen, zu enteignen, um sie den Kommunalverbänden zu überlassen. — Abg. Graf Restarup regt eine Vereinheitlichung der in den einzelnen Gebieten des Reiches bestehenden Zentralkassen für Lebensmittelversorgung an. — Abg. Erzberger: Die Zentralkasse ist vom Reichstag bereits beschlossen worden. Die Regierung hat aber nur eine Preisprüfungsstelle eingerichtet, in der feineren Anträge gestellt werden dürfen. Man soll sich nicht darüber täuschen, daß das Maß von Unmut im Volke kein geringes ist. Pflicht des Reichstages ist es, hier ganz gründlich Abhilfe zu schaffen. Zu der neu geforderten Zentralkasse muß das Volk Vertrauen haben können, denn die Regierung hat das in sie gesetzte Vertrauen nicht erfüllt. In dieser Zentralkasse müßten Abgeordnete aller Parteien mitwirken. Dann wird das Volk wieder Vertrauen gewinnen. Diese Zentralkasse muß aber mit weitgehenden Machtbefugnissen ausgerüstet werden. Die Preise kann sich nicht frei drehen, dieser Mangel muß ausgeglichen werden durch die Mitwirkung von Abgeordneten, die die Wünsche des Volkes genügend kennen. Die ganze Frage der Kartoffelversorgung ist verkehrt angefaßt worden. Diese Zentralkasse mit ihrem Beirat wird es an rascher Arbeit gewiß nicht fehlen lassen. Es muß unbedingt vermieden werden, daß sich Dinge abspielen, die den Kriegswillen der Gegner härten können. Die Abgeordneten, die im Beirat sitzen, müssen ständig arbeiten, nicht nur in gelegentlichen Sitzungen.

Staatssekretär Debrück findet diese Kritik für zum größten Teil berechtigt. Das Vertrauen des Volkes wird wieder ge-

stärkt, wenn der Beirat seine Aufgaben erfüllt. Es ist aber eine staatsrechtliche Unmöglichkeit, dem Bundesrat einen solchen Beirat anzugliedern. Die Verantwortung hat immer der Reichskanzler zu tragen. Die jetzige Preisprüfungsstelle zählt ungefähr 50 Mitglieder. Diese Körperschaft ist zu groß. Die Tätigkeit dieser Ausschüsse muß erst noch weiter entwickelt werden. Die Schwierigkeit liegt darin, daß ein Teil der Verordnungen versagt hat. Der Höchstpreis allein ist nicht ausreichend, es muß dazu kommen, die Preisflagnahme oder die Regelung der Verteilung. Die im Reich bestehenden Ausschüsse fangen jetzt erst an, zu funktionieren. Alles in einer Zentralkasse lösen zu wollen, ist nicht möglich. Die Arbeiten der Zentralkasse können aber auch nicht in ihrem ganzen Umfange der Öffentlichkeit unterbreitet werden. Bei dem riesenhaften Anschwollen der Geschäfte war eine Konzentration nicht immer möglich. Jetzt sind die ganzen Fragen in der Hand eines neu berufenen Unterstaatssekretärs vereinigt. Die zweimäßige Ausführung der Verordnungen wird erwärmt durch die Vielgestaltigkeit unserer Verwaltung. Der Staatssekretär bittet, von dem Beirat abzusehen. — Bayerischer Staatsrat v. Treubeln: M ö r d e s bekämpft den beantragten Beirat ebenfalls mit staatsrechtlichen Bedenken. Bundesrat und Reichstag können beschließen, aber nicht handeln. Abg. Wurm stellt fest, daß der Zentrumsantrag eine Wiederholung des von den Sozialdemokraten bereits im August gestellten Antrages ist, den der Reichstag damals angenommen hat. Di von der Regierung jetzt erhobenen Einwände sind nicht stichhaltig. Die Zentralkasse ist unbedingt notwendig. Den Bundesrat hat vom Reichstag unbegrenzte Vollmacht erhalten; diese damit gegebene Bewegungsfreiheit darf nicht durch parlamentarische Bedenken eingengt werden. Die Zentralkasse muß eine Ueberschneidung gewinnen über die vorhandenen Vorräte. Nur dann ist eine richtige Verteilung möglich. Die Preisprüfungsstellen sind kein Ersatz für eine Zentrale. Man muß nach einem wirtschaftlichen Diktator, der aber stets wieder auf die Mitwirkung Sachverständiger angewiesen wäre, die aber immer wieder Interessen entgegenkommen werden müssen. Hier bildet die Mitwirkung von Abgeordneten, die der Kontrolle der Öffentlichkeit unterstehen, ein recht wirksames Element. Redner zeigt an der Hand einer ganzen Reihe von Fragen, wie unbedingt notwendig eine solche Zentrale ist. Der Reichstag muß geradezu abdanken, wenn die von ihm gestellten Reichskasse vom Bundesrat einfach nicht beachtet werden.

Staatssekretär Debrück nimmt den Bundesrat in Schutz. Der Bundesrat habe nur eine andere Form für die Ausführung der Beschlüsse des Reichstages gewählt. Den Gemeinden seien bereits jetzt ziemlich weitgehende Befugnisse eingeräumt, sie müssen nur davon Gebrauch machen. Die Schaffung der geforderten Zentralkasse ist eine Frage der Zweckmäßigkeit. Das gleiche Resultat hoffe man aber auch mit der Reichs-Preisprüfungsstelle zu erreichen, in der auch Vertreter der Kommunen und der Gewerkschaften sitzen. Das Arbeitsgebiet dieser Stelle sei ein überaus ausgedehntes. Leider werden die gegebenen Anregungen meist nicht beachtet. Das ersähe sich aber wieder daraus, daß jeden Tag neue Aufgaben an die Verwaltung herantreten. Durch den geforderten Beirat sei eine Verzögerung zu befürchten.

Abg. Giesberts hat als Mitglied der Preisprüfungsstelle den Eindruck gewonnen, daß man diese Einrichtung zu spät getroffen habe. In den leitenden Beamten liegt die Unproduktivität nicht. Die in der Preisprüfungsstelle sitzenden Abgeordneten haben insofern eine schwierige Stellung, als sie keine Fragen stellen dürfen. Abgeordnete, die in diese Stellen berufen werden, müssen ihre ganze Arbeitskraft dieser Tätigkeit widmen können. So nebenbei kann das nicht gemacht werden. In der Hauptsache ist der Abgeordnete jetzt nur Zuhörer, für die Leistungen der Ausschüsse sind sie aber mit verantwortlich. In Kriegszeiten soll man nicht immer mit staatsrechtlichen Bedenken operieren, dazu sind die Zeiten doch zu ernst.

Staatssekretär Debrück geht noch einmal auf die Butterfrage ein. Der vorübergehend eingetretene Mangel darf als heiligt gelten. Um ein Verbrauchsregelung von Butter und Fett werde man nicht herumkommen. In den großen Kommunen werden diese Karten baldigst eingeführt. Schließlich dürfe man bei der Regelung aller dieser Dinge die Geduld nicht völlig verlieren. — Abg. Fischer hat sich von der Preisprüfungsstelle von Anfang an nicht sehr viel versprechen können. Die Rolle, die den Abgeordneten dort zugewiesen wird, ist keine erfreuliche. Auch von der geforderten neuen Organisation sei nicht viel zu erwarten. Die Verordnungen des Bundesrates werden nicht selten von anderen Stellen durchkreuzt, wie das der General v. Vietinghoff in Stettin in der Kartoffelfrage gemacht hat. Wo sollen die Abgeordneten die Zeit hernehmen, ständig im Beirat zu arbeiten? Alle die erlassenen Verordnungen widersprechen dem Wirtschaftsleben, die nur durch den Krieg gerechtfertigt werden können. Der Bundesrat beschließt einfach und überläßt die Ausführung den Gemeinden. Redner schilbert die

Im Hirtenhaus.

Eine oberfränkische Vorgeschichte von Heinrich Schaumberger.

22. Fortsetzung.

Kaum waren die Glocken, die den Beginn des Gottesdienstes verkündeten, verklungen, als Lorenz von einem Ausgang zurückkam und zu Margelies sagte: „Es ist so! Eitel Jammer und Herzleid bei den Ehrmacheries! Der Kirchbauer hat richtig seinen Konsens gekündigt und auch schon eingeklagt! Laß nur — rede nicht ab, s' müßt nichts, ich weiß wohl, was ich tue! Hoffentlich ist das auch mein letzter Gang ins Amt!“ Damit rüstete sich Lorenz und verließ zugleich mit Christian, der einen Herrn luden ging, das Haus.

Nachmittags entstand ein großes Hallo im Dorf; vom Schulzenhof führte ein Gendarm die Schwarze nach dem Hirtenhaus herauf, ein dichter Menschenhaufe, jung und alt bunt durcheinander gemischt, umdrängte die beiden; aus dem Lachen und Schreien vernahm man dann und wann den Ausruf: „Schwammjährling! Schwammjährling!“ Margelies blickte bebauernd auf den reinen Fuchsboden, als der Schwarm dem Gendarm und der Schwarzen nach in die Stube drängte. Das Fräulein ächzte beim Anblick der Uniform eilig in ihr Bett, die Wassermaus heulte und schimpfte, Hansnichel aber ward sich seiner Würde als Hausherr bewußt, und mit der heiteren Ruhe eines guten Gewissens — ein rascher Blick auf den Ofen hatte ihn überzeugt, daß Soden und Schleifen von dem feuergefährlichen Ort entfernt waren — trat er dem gefährdeten lebendigen Arm der Gerechtigkeit entgegen, nahm seine Buntlätze ab und sagte: „Sua, sua! Ist ja ein selbsterleuchteter! — Nu, nehm der Herr Platz, und was hat das eigentlich zu bedeuten mit der Schwarzen, wenn's erlaubt ist, danach zu fragen?“

Der Gendarm sah sich erst verwundert im Zimmer um, stellte dann sein Gewehr stützend in eine Ecke, setzte sich auf den Stuhl, den ihm Hansnichel eilig nachrück, wuschte sich, um seine Wichtigkeit zu vermehren, nicht vorhandenen Schweiß von der Stirn, dann rief er: „Wo ist die ledige Margarete Schellhorn, auch Wassermaus genannt? — Sie hat sofort ihren Bündel zu schnüren und mir ins Schulzenhaus zu folgen — stante pede — verstehen?“ — Die Wassermaus ging heulend in ihre Kammer, und Hansnichel sagte: „Sua, sua!“ — Der Gendarm sah von der Wirkung seiner Worte befriedigt, und als er eine ganze Reihe neugieriger Augen erwartungsvoll auf sich gerichtet sah, nahm er geräuschvoll eine Priße, zeigte seinem Publikum ein großes, rotgewuschtes Lächeln von allen Seiten, heckte es vorne in seine Uniform, rückte an der Säbelpoppel, zwirbelte den Schnurr-

bart und begann: „Was demnach die ledige Katharine Dressel vulgo Schwarze, vulgo Schwammjährling genannt, betrifft, so kam bemeldetes Weibsbild vergangener Montag verwirrt und blutig, ganz sans façon zum Herrn Amtmann und schrie und heulte ihm die Ohren voll von einer Brügel mit der Wassermaus im Hirtenhaus, und wie sie von der Wassermaus dabei überaus gerichtet worden sei. Da aber der Herr Amtmann aus ihrem Geschrei nicht klug werden konnte, sie auch nicht ordentlich parierte, sondern fortfuhr zu schreien, ließ sie der Herr Amtmann vom Gendarm Hagebühner aus dem Lokal führen. Mein Herr Kollega kamte: aber das Weibsbild schon von früheren rencontres her, machte drum keine Umstände und warf sie die Treppe hinab — bon! — Führt drauf der Teufel — wolt' ich sagen, kommt drauf der Herr Amtmann selber die Treppe herunter, findet das Weibsbild ohnmächtig neben ihrem Korb liegend mit Blut am Mund. Schmerzerot, gab das einen Alarm! Mein Herr Kollega Hagebühner erhält zwei Tage scharfen Arrest, das Weibsbild wird ins Spital transportiert, wo sie den Doktoren zum Pöffen — sie sagen, sie fänden keine Krankheit an ihr — tagtäglich Blut spuckt! Nun muß ewer Schulz ins Amt, kriegt einen scharfen Verweis, weil er nicht besser auf seine Armen steht und solche Geschichten im Hirtenhaus vorkommen läßt, zuletzt wird er auch noch um fünf Gulden gestraft — bon wolt' ich sagen —“

„Noch viel zu wenig“, überlörnte eine Stimme das Gelächter. „Wenn's wenigstens fünfzig gewesen wären!“ — „Très bon, mir auch recht! — Derweil aber spuckt die bemeldete vulgo Schwarze toujours Blut, und die Doktoren wollen aus der Haut fahren, daß sie trotz aller Forschungen nicht rauskriegen, wo das Blut eigentlich herkommt. Zuletzt verfallen sie darauf, das ausgehustete Blut mit dem Mikroskop zu rekonstatieren, und kriegen raus — na ratet einmal was? — He? — Allez! — Ja, das glaub' ich, daß ihr darauf nicht kommt! — Also kriegen raus, das ist nichts anderes, als das helle Ochsenblut! — Très bon!“

„Sua, sua“, sagte Hansnichel, die übrige Gesellschaft aber schrie und lachte: „Hurra, die Schwarze spuckt Ochsenblut! Hat man so was gehört!“

„Aber Herr — Herr — Weitermann“, sagte Hansnichel, der sich Gendarm nicht zu sagen getraute, da er das für einen Schimpfnamen hielt, „um tausend Gottes willen, wo hat denn das Weibsbild das Ochsenblut hergenommen? — wenn's erlaubt ist, danach zu fragen!“

„Werde logisch weiter explizieren! Also bekommt der Krankenwärter Befehl, die vulgo Schwarze scharf zu regardieren, und richtig attrapiert er sie auch, wie sie aus einem Schwamm Blut saugt und wider ausspuckt — bon!“

„Daß dich alle Teufel“, rief Hansnichel, „Ihr Teufel, ihr Teufel, solche Einfälle!“

„Parbleu, macht der Herr Amtmann ein paar Augen, wie er das erzählt, und mein Herr Kollega Hagebühner stellt sich vor den Herrn Amtmann hin und sagt — und sagt — und sagt: Bon! Herr Amtmann! sagt er und wüßte seinen Schnaubart hüben und drüben in die Höhe und dreht ein paar Augen rrrraus! — s' ist ein verfluchter Kerl, der Hagebühner — standen zusammen in einer Kompagnie — ja — bon! — Drauf muß natürlich die vulgo Schwarze ins Loch bei Wasser und Brot, und heut' kriegt ich ordentlich in ihre Heimat abzulieferen. — Das ist die Geschichte, trës-bon! — Über Sakra! Wo bleibt die ledige Margarete Schellhorn, vulgo Wassermaus? — Vorwärts, altes Tierchen, s' Heule, kommt zu spät! Ja, ja, vorgetan und langz' Finger gemacht, hat manchen schon ins Loch gebracht — ha, ha, ha! bon! — Vorwärts marsch — au revoir meine Herren!“ Und seinen Schnurrbart zwirbelnd schritt er hinter der Wassermaus aus der Stube.

Lachend, jubelnd und „Schwammjährling“ schreiend, drängten die Zuhörer nach. Hansnichel stülpte die Beutelzüge wieder auf, brante die erlöschene Priße an, schüttelte den Kopf und rief: „Sua, sua! Ihr Teufel, ihre Teufel, solche Einfälle!“ — Ein verfluchtes Weibsbild, die Schwarze, hab' ich gesagt, ist so voll schlechter Streiche, wie ein Hund voll Fleiß! — Sua, sua! — Nun sag mir ein Mensch, ob das nicht 'ne betrogene Welt ist! — hm, hm! Schwamm — Ochsenblut! — gar noch Ochsenblut! — Die Welt wird alle Tag' verderbter! Sua! — Über der Dingisch mit feiner Flinten, der Gendarm — das ist auch ein gewidriger Kerl! War der für grausame Wörter kann — eisfakt ist mir's den Wusel neingelassen — s' war gewiß bräunlich! Und wenn der schon so wärscht, nachher möcht' ich erst den Amtmann hören! — Sua, sua! — Nu, die Schwammjährling wird an die Blutsaugerei denken! — Sua!“

Die Schwarze selber hatte ganz verwundert ihre Kinder angestarrt, drückte sie still ans Herz und schlich hinaus in ihre Kammer. Als ihr später Margelies folgte, um nachzusehen, ob ihr nichts zugestoßen sei, legte sie ihr Gesicht auf ihre Hand und weinte.

Lorenz erkannte bei seiner Heimkunft nicht wenig über die wunderlichen Geschichten, die ihm Hansnichel mitteilte. Der Alte war so aufgeregt, daß er die Tatsachen bunt und kraus durcheinander mischt und fast nicht über Schwamm, Ochsenblut, Dingisch und ehrlich hinauskam. Als Lorenz zuletzt von Margelies aufgeklärt wurde, lachte er auch und meinte: „Ja, solche Streiche bringt freilich bloß die Schwarze fertig!“ Nachts lagte er zu Margelies, gib dich zufrieden, s' ist alles in Ordnung! — Jetzt wird's besser, verlaß dich drauf!“ (Fortsetzung folgt.)

Krisse, die jetzt im Fleischhandel angewendet werden. Statt den Gemeinden polizeiliche Befugnisse zu übertragen, damit sofort Abhilfe geschaffen werden kann, muß erst wieder der Bundesrat eine Verordnung erlassen, die dann praktisch nicht anwendbar ist.

Abg. Erzberger: Vielleicht wäre es besser gewesen, den Bundesrat auszuschalten und die ganze Aufgabe dem Reichszentralrat zu übertragen. Was hat man nun gegen den Antrag vorgebracht? In diesen ernsten Zeiten besetzt man sich mit Verfassungsbedenken! Hat man nicht bereits mit der feinerzeitigen Prüfungskommission ein Präjudiz geschaffen? Der verlangte Zentralrat soll nur die gleichen Befugnisse erhalten.

Abg. Gröber (Zentr.): Die staatsrechtlichen Bedenken seien angebracht vor einem Juristenkongress, nicht aber vor einer Kommission, die sich mit der Volksernährung in Zeiten des Krieges zu befassen hat. Die Reichshandelskommission des Reichstages z. B. hat eine erhebliche Gewalt — weshalb hier nun plötzlich Verfassungsbedenken? Mit dem Sündenbekenntnis des Staatssekretärs ist es nicht getan, es fehlt zur Absolution noch die Reue und das Bessersprechen der Verleumdung. Was man brauche, das sei nicht Geduld, sondern praktisches Verständnis, deshalb sollte die Regierung den geforderten Beirat mit Freuden begrüßen, damit überwindet man dann auch leichter die Hindernisse, die von gewisser Seite bereitet werden. Was wir brauchen, sind rasche Entscheidungen, nicht aber einen Diktator, der dann auch den Reichstag ausschalten würde.

Abg. Schmidt (Berl.): Und zwar Zwangsmassnahmen kommen mir zu keinem Resultat, das zentrale Organisationsausschließ. Die Hoffnung sei übertrieben, daß mit dieser neuen Organisation das Vertrauen zurückkehre, erst müßte man Taten sehen. Die Organisation zur Regelung der Kartoffelfrage habe von Anfang an am Rande gelitten, daß sie zu spät errichtet wurde. Nach dem Winterferie komme man wieder reichlich spät. Was wir immer kritisiert haben, das ist das Jägernde, mit dem zu Werke gegangen wird. Redner schließt sich dem Urteil des Abgeordneten Weschats über die Preisprüfungsstelle an. Man müßte dieser Stelle die Bundesratsverordnungen vor ihrem Erlaß vorlegen. Es fehlt dort an dem nötigen Material, ohne das man zu keinem abschließenden Urteil kommt. Die Mißstände auf dem Fleischmarkt können nur durch Ausschaltung der Großschlächter beseitigt werden. Die Schweinezüchter sollten sich entschließen, nur direkt an die Fleischer zu liefern. Die Interessenten, die sich enorme Gewinne verschaffen, müssen bei der Fleischversorgung ausgeschaltet werden.

Um 10 Uhr abends wurde die Weiterberatung vertagt.

(Sitzung vom 10. Dezember.)

Abg. Erzberger: Man versteht nicht, weshalb noch keine Höchstpreise für Leder eingeführt sind. Es ist direkt empörend, welche Gewinne die Lederfabriken ziehen. Ferner muß verhindert werden, daß den Vermittlern oder den Lieferungsverbänden große Gewinne zustehen. Die Gehälter in Gesellschaften dieser Art stehen in keinem Verhältnis zu den geringen Leistungen.

Staatssekretär Deibruß gibt zu, daß diese Wünsche berechtigt sind; die Ausführung steht aber auf ungeheurer Schwierigkeit. Massnahmen gegen die hohen Lederpreise sind im Gange.

Abg. Walstein schildert die Wirkungen, die der Krieg auf die Seepferde ausgeübt hat. Mit den ausgedehnten Beschlagnahmen ist man dort absolut nicht imstande. Die Festsetzung der Höchstpreise ist dann verzögert, wenn sie sich nur auf die letzte Hand beziehen. Die beschlagnahmen Waren müßten rascher abgenommen und rascher bezahlt werden. Vieles müßte die Befreiung der beschlagnahmen Waren direkt einen Teil ihres Vermögens ein. Auf eine derartige harte Probe darf man den Patriotismus nicht stellen. Die Preisstreiber trifft man damit nicht, daß man den Lesern von den Händen weichen läßt.

Abg. Simon (Soz.): Die Städte gründen mit den Jungfrauen, die ihnen der Bundesrat überwiesen hat, nicht viel anzuwenden. Die Höchstpreise für Schweine sind zu Normalpreisen geworden; beschlagnahmen dann die Gemeinde, dann unterbleibt der Zutrieb. Die Unterschiede in den Marktpreisen müssen beseitigt werden. Der unerhörteste Wucher ist auf dem Ledermarkt betrieben worden. Die Gerber verdienen an jeder Haut 50—60 Mark zu viel. Und die Regierung hat auf diesem Gebiet nichts getan! Die Firma Adler und Oppenheimer in Frankfurt a. M. hat eine Gewinna von mindestens 30 Millionen Mark erzielt. Die Häute sind um 20 % teurer geworden, das Leder aber ist um mehr als 30 % geklettert. Die Regierung ist von ihren Sachverständigen eingeleitet worden, denn diese Sachverständigen waren die Interessenten. Die Gerber haben einen Mangel an Sohlleder künstlich herbeigeführt, um die Preise in die Höhe zu treiben. Die Lederhändler halten nun wieder hinter die Bretter. Die Heeresverwaltung hat lange Zeit hindurch monatlich 12—15 Millionen Mark zu viel an die Gerber bezahlt. Anfang die Preise zu wahren, hat die Heeresverwaltung sich einen Anteil an dem Gewinn gesichert, indem sie eine Abgabe von 50 Pfg. pro Pfund Rohhaut beantragte. Beim Leder für Treibriemen haben die Gerber 170 % verdient. Jetzt hat sich die Spekulation der Gerbstoffe bemächtigt und in Württemberg ganz Wadungen ausgefaßt. Diese Spekulation tritt man nur dadurch, daß man sofort Höchstpreise für Gerbstoffe festsetzt, die sich den Friedenspreisen nähern. Jede Rücksicht auf die Spezialisten in eine Verständigung am Ball. Die ganz werthlose Herabsetzung der Preise für Leder ist dringend erforderlich. Die Schuhfabrikanten sind an der Verteuerung der Sache nicht schuld, die kleinen selbstständigen Schuhmacher sind loger massenhaft ruinirt worden.

Direktor im Reichsamt des Innern, Müller, teilt mit, daß seit 1. Dezember Preise festgesetzt sind, die zu einer Verbilligung des Leders führen werden. Die neue Regelung legt Preise fest für den Einzelgerber, den Großhandel und den Kleinhandel. Bei der Preisfestsetzung hat der größte Konsument, die Heeresverwaltung mitgewirkt. Ueber die Summe, die der Militärverwaltung zugesprochen sind, werde noch Auskunft erteilt werden. Daß man den Schuhmachern keine Bewerbe machen dürfe, sei richtig. Höchstpreise für Gerbstoffe sollen erhoben werden.

Staatssekretär Helfferich bekräftigt, daß das Reich sich wesentliche Vorteile aus dem Lederhandel verschafft habe. Jetzt ist das System der Abgaben an die Militärverwaltung beseitigt.

Präsident Rauß stellt in Abrede, daß bei der Beschlagnahme von Reis zu niedrige Preise gezahlt werden seien. Man habe dabei aber unterscheiden müssen zwischen dem legitimen Handel und dem Spekulationen, denen man nicht noch hohe Zuschläge geben dürfe.

Abg. Dr. Daur (Soz.) macht der Regierung den Vorwurf, daß sie zwar die Notwendigkeit der Beschlagnahme einsehe, aber nicht zur Durchföhrung komme. Redner erwidert, es sei ein-

gehend die in der Presse feinerzeit behandelte Kartoffelamtstät in Frankfurt a. M. Schuß daran war die Latenzlosigkeit der Regierung. Jetzt muß die Frankfurter Kriegsvorsorge mit ihren für andere Zwecke bestimmten Mitteln die Sünden des Reichsamts des Innern bezahlen. Der heutige Zustand ist geradezu anarisch. Die Vorschläge der Fortschrittler sind verfehlt; sie führen schließlich zu einer Steigerung der Höchstpreise. Die landlichen Verbände weigern sich geradezu, mit den Großstädten Lieferungsverträge abzuschließen. Hätte man den sozialdemokratischen Vorschlägen zugestimmt, dann wären solche Zustände vermieden worden.

Unterstaatssekretär Frhr. von Stein: Die Kritik des Vorredners über die Kartoffelfrage, ist nicht berechtigt gewesen. Wo die Kommunalverbände rechtzeitig von ihren Befugnissen Gebrauch gemacht hätten, seien keine Schwierigkeiten entstanden. Die Verordnung biete auch die Möglichkeit, gemeinschaftliche Widerstände zu beseitigen.

Abg. Kretsch macht den Mangel an Zoll auf Quebrachholz dafür verantwortlich, daß wir in Deutschland nicht mehr Gerbstoffe erzeugen können. Kleinhandelspreise haben nur dann einen Sinn, wenn auch Höchstpreise für den Großhandel bestehen.

Abg. Dr. Zehner (Ztr.) trägt einen Fall vor, in dem ein Agent 20000 Mark Provision einsteckte, für die Vermittlung einer geringen Anzahl Häute.

Abg. Giesherts erkundigt sich darüber, ob die Uberschüsse der Kommunalverbände aus dem Getreide auch wirklich Zwecken der Volksernährung zugeführt werden. Ihm sei ein Fall bekannt, wo man diese Uberschüsse zur Verminderung der gemeindlichen Armenlasten verwendet. — Staatssekretär Helfferich stellt fest, daß diese Uberschüsse zu Zwecken der Volksernährung verwendet werden müssen.

Abg. Gothein bespricht die Wirkung der Butterhöchstpreise, die dazu geführt haben, daß die Butter solchen Kreisen zuzuführt, in denen ein höherer Preis bezahlt wird. Die Festsetzung von Höchstpreisen kann nicht total erfolglos sein. Berlin hat Höchstpreise für Gemüse festgesetzt, mit dem Resultat, daß es jetzt in Berlin kein Gemüse mehr gibt. Abg. Daur hat die Absichten der Fortschrittler mißverstanden. Die Zentraleinkaufsgesellschaft muß bei Beschlagnahme den Preis bezahlen, den die Waren nachweislich gekostet haben. Die Handelsgebräuche der Zentraleinkaufsgesellschaft sind nicht einwandfrei. Bei Erteilung von Einkaufserlaubnis bis zu 50 % Abgabe vom Fakturwert zu verlangen, ist unerhörl. Die Heeresverwaltung hat Pöckelfleisch bei Kolonialwarenhändlern bestellt — in diesen Fällen kann man, wenn nur die üblichen Preise verlangt werden, nicht von einem illegitimen Handel sprechen.

Ein Vertreter des Kriegsministeriums gibt zu, daß die Lederpreise viel zu hoch waren und noch sind. Am 1. Mai sind die Preise neu geregelt worden. — Die weiteren Mitteilungen des Redners waren vertraulicher Natur und klängen in die Versammlung aus, daß man ernstlich bemüht sei, dem Publikum Leder zu erschwinglichen Preisen zuzuführen.

Abg. Hoch (Soz.) erörtert die Verhältnisse auf dem Ledermarkt. Hier sind offenbar schwere Fehler gemacht worden. Die sozialdemokratischen Vorschläge sind zum Schaden der Steuerzahler nicht beachtet worden. Das System, die Lederpreise durch eine Abgabe an die Reichsstafte auszulassen zu wollen, ist völlig verfehlt. Das ist eine indirekte Steuer, die den Massen auferlegt wurde. Der Preisstreiber können die Kommunen nur schwer beikommen, am besten noch dann, wenn sie die erforderlichen Lebensmittel selbst beschaffen können.

Abg. Kalzinger (Ztr.) bemängelt, daß man nur an landwirtschaftliche Produkte, nicht aber an Erzeugnisse der Industrie mit Höchstpreisen heranzutreten sei.

Abg. Simon (Soz.) wendet sich gegen den Abg. Kretsch, der noch höheren Zöllen das Wort geredet hat. Wenn man rechtzeitig eingegriffen hätte, wären beim Leder mindestens 150 Millionen Mark erspart worden. Die Kriegsliefergesellschaft, die keine Gewinne machen soll, war in der Lage, 20 Millionen Mark Kriegsanleihe zu zeichnen. Die hinzugezogenen Sachverständigen haben als Interessenten für die Festsetzung hoher Preise gewirkt. Auf die Schuhmachergewerkschaft hat man eingewirkt, einen anderen Vertreter in den Beirat zu entsenden, weil den Gerbern der vorgeschlagene Vertreter unangenehm war. Die Gerberereien müßten gesegnet werden, einen bestimmten Teil der ihnen überwiesenen Rohhäute zu Sohlleder zu verarbeiten. Zu begrüßen ist, daß man einen weiter verbreiteten Schwindel zu Leibe gerückt ist, indem man das künstliche Beschweren des Leders verbot. Dieses Verbot müßte auch in den Frieden hinübergerettet werden.

Staatssekretär Helfferich rechtfertigt die Abgabe auf Leder damit, daß man damit den Gewinn der Lederfabrikanten beschnitten habe. Jetzt ist diese Abgabe beseitigt und die Höchstpreise werden abgekauft.

Abg. Dr. Streitemann (Radl.) nimmt die Zentraleinkaufsgesellschaft in Schutz, wenn gelegentlich zu wenig bezahlt wurde. So muß das ausgeschlossen werden. Man müsse sich aber hüten, angelegene Handelshäuser mit „Schiebern“ auf eine Stufe zu stellen, nur deshalb, weil sie jetzt mit Artikel handeln, die sie früher nicht geföhrt haben.

Abg. Weinhöf (Soz.) tritt für große Zuschüsse aus Reichsmitteln an die Kommunalverbände ein, damit diese Verbände die teuren Lebensmittel billig abgeben können. — Ein Regierungsvertreter macht Mitteilung über die Notwendigkeit der Beschlagnahme von Oelen und Fetten. Die Preise, die bezahlt wurden, waren angemessen. — Abg. Wurm (Soz.) bringt die Höchstpreise für Gemüse zur Sprache. Der Großhandel hält jetzt die Vorräte zurück, um höhere Preise herauszupressen. Der Gedanke ist sehr sympathisch, daß man öffentliche Mittel zur Verfügung stellen soll, um die ärmere Bevölkerung mit billigen Lebensmitteln zu versorgen. Mit der Einführung der Butter- und Jellierarten könne man natürlich einverstanden sein. Das Reich ganz allein muß die Höchstpreise festsetzen und sie nach Bedarf abhängen. Von verschiedenen Seiten wurden noch die hohen Kammissionsgebühren im Getreide- und Kartoffelhandel kritisiert.

Die Beratungen gehen Sonnabend weiter.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Stahlindustriellen und der Krieg.

Die Hauptversammlung des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller sandte ein Telegramm an den Reichszentralrat, in dem es heißt:

Wir sprechen den festen Willen, der gesamten deutschen Eisen- und Stahl-Industrie aus, durchzuhalten bis zum siegreichen Endziel. Die Industrien sind der Ueberzeugung, daß es uns, gestützt auf unsere militärischen Erfolge gelingen wird, einen Frieden zu erreichen, der bei der notwendigen Erweiterung unserer Grenzen dem deutschen Volke die Gewähr gibt, in Zukunft gesichert vor einem Ueberfall unserer Feinde sich in Industrie und Handel, Landwirtschaft und Gewerbe friedlich und kräftig zu entwickeln.

Zulassung von Männerkloßern in Baden.

In der Budgetkommission der Zweiten badischen Kammer erklärte der Staatsminister v. Dusch, er erfülle den Wunsch des Freiburger Erzbischofs nach Zulassung von Männerkloßern und werde dem nächsten ordentlichen Landtag eine Gesetzesvorlage unterbreiten; einer Aufhebung des Zepitengesetzes stimmen die Regierung aber nur zu, wenn entsprechende Bestimmungen festgelegt würden, daß die Verordnungen der einzelnen Bundesstaaten weiter bestehen könnten.

Eine lustige Verwechslung hat, nach der „Münchener Zeitung“ der Druckfehleraufseher in einer Königsberger Zeitung angeordnet. Die Sache kam so. Die pommerische Landwirtschaft hat von den notleidenden Kreisen Ostpreußens sich den Kreis Gollub als Patentreis erwählt. Ein Gutsbesitzer aus Pommeren sandte nun den Kreis ein Käbchen gewissermaßen als Liebesgabe ein. Die Mitteilung hiervon wurde in den pommerischen Zeitungen verbreitet und gelangte so auch in Königsberger Zeitungen. Hier fing der Druckfehleraufseher seine unheilvolle Tätigkeit an. Statt des „Liebesgabenkäbchens“ las man ein „Liebesgabenknaß“. Und der phantastische Redakteur erzählte seinen Lesern ausführlich, unter welchen Fährlichkeiten das Liebesgabenknaßchen die weite Reise zurückgelegt und glücklich überstanden hätte, so daß es bei der Ankunft am Bestimmungsorte überfrachtet mit den Beindnen gestrampt habe. Diese rührende Geschichte rührte in hohem Maß das Herz einer Dame, die sich mit der Idee, daß dem Kreise Gollub ein „Liebesgabenknaßchen“ verehrt werden sollte, nicht einverstanden erklären konnte. Sie meinte, ein Kreis sei schlecht als Adoptionster für ein Kind geeignet. Daher setzte sie sich hin und schrieb an den Kreis, man möge ihre das „Liebesgabenknaßchen“ überlassen, sie wolle es adoptieren. Erst in diesem Stadium der Geschichte wurde die Verwechslung des Liebesgabenknaßchens mit dem Liebesgabenknäblein festgestellt, welche Feststellung in allen Kreisen lärmliche Heiterkeit auslöste.

Die Akademie der Künste gegen die Nagelungsdenkmäler. In Wilhelmshaven soll ein Denkmal des Admirals von Tirpitz aufgestellt und benagelt werden. Gegen diesen Plan wendet sich die Berliner Akademie der Künste mit folgendem Schreiben an den Oberbürgermeister von Wilhelmshaven:

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Aus Zeitungsnachrichten ersahen wir, daß die Stadt Wilhelmshaven beabsichtigt, das Standbild eines Seemannes mit den Gesichtszügen des Großadmirals v. Tirpitz zur Nagelung aufzustellen.

Die Akademie der Künste hält es für ihre Pflicht, die Stadt Wilhelmshaven im künstlerischen Interesse vor der Ausführung eines solchen Planes zu warnen. In zahllosen Stellen in Deutschland sind Nagelungen von Standbildern und Wahrzeichen zur Sammlung von Mitteln für die Kriegshilfe vorgenommen worden, und es läßt sich von künstlerischen Standpunkt aus schließlich wenig gegen die Fälle einwenden, bei denen es sich um ein ganz einfaches Gebilde, ein Eisernes Kreuz, Türn, symbolische oder heraldische Wahrzeichen usw. handelt. Etwas künstlerisch ganz Unmögliches ist aber die Benagelung von Porträtstatuen. Das Beispiel des Hindenburg-Kolosses in Berlin sollte allen anderen Städten warnend vor Augen stehen. Es ist doppelt traurig, daß gerade die Ereignisse unserer großen Zeit einen Niederstich in so minderwertigen Erzeugnissen untergeordnet künstlerischer Kräfte gesunden haben, und es wäre tief beklagenswert, wenn der Geschmack des Publikums durch solche Verirrungen noch mehr verwirrt und verblödet werden sollte.

Wir möchten daher im Interesse des Ansehens unserer deutschen Kunst und Kultur Euer Hochwohlgeborenen und den städtischen Körperschaften der Stadt Wilhelmshaven dringend ans Herz legen, die Ausführung des Plans der Benagelung einer Tirpitz-Figur zu verhindern.

gez. Franz Schwedten.“ Etwas spät kommt diese Mahnung, aber immerhin kann sie noch Gutes stiften. Es wird ja sonst noch alles „vernagelt“.

Große Explosion in den protechnischen Werkstätten der belgischen Regierung. Eine heftige Explosion erfolgte Sonnabend früh in den protechnischen Werkstätten der belgischen Regierung. Einzelheiten fehlen. Der Schaden soll erheblich sein und die Zahl der Opfer eine ziemlich große. Die Werkstätten befinden sich in einer Entfernung von drei Kilometer von der Stadt auf dem Gebiete der Gemeinde Graville-Saint-Honorine. Ueber die Explosion wird weiter gemeldet: Die Explosion erfolgte um 10 Uhr in dem für die Ladung von Granaten bestimmten Pulverlager. Die Arbeiter waren zu dieser Zeit bei der Arbeit. Die schon geladenen Geschosse explodierten gleichfalls mit einer solchen Gewalt, daß die Türen und Fenster der benachbarten Häuser zertrümmert wurden. Gegen Mittag war es noch unmöglich, sich der Stelle der Katastrophe zu nähern. Der Schaden ist zurzeit nicht zu übersehen. Die meisten Arbeiter waren Belgier.

Bis gestern mitternacht wurden bei dem Explosionsunglück 110 Tote, darunter 107 Belgier, gezöhlt. Die Zahl der Verwundeten steht noch nicht fest. — Nach weiteren Blättermeldungen soll die Zahl der beim Explosionsunglück verletzten Personen ungefähr Tausend betragen. Die Zahl der Toten soll verhältnismäßig gering sein. (?) Die Wohnungen in der Nachbarschaft sind in Mitleidenschaft gezogen und die Arbeiterwohnungen zerstört. Mauern von 24 Zmtr. Dide flogen in die Luft. Die Truppen der Garnison begannen, soweit als möglich, mit den Aufräumarbeiten.

25 000 Menschen obdachlos. Einem Amsterdamer Blatte zufolge meldet die „Times“ aus Newyork: In Hopewell sind infolge des Brandes 25 000 Personen obdachlos. Der Schaden beträgt über zwei Millionen Dollars.

Literarisches.

Die Erste Weihnachtsnummer des „Wahren Jacob“ ist soeben 16 Seiten stark erschienen. Aus ihrem Inhalt heben wir folgende Beiträge hervor: Bilder: Ein fleischloser Tag in Berlin. — Noch ein Präsidentschaftskandidat in den Vereinigten Staaten. — Ein Kinderfriedhof. — Wie England die Unabhängigkeit der kleinen Staaten garantiert. — Etwas vom Gesundbeten. — Die Ursache der englischen Auswanderung nach Amerika. — Die Nachkisten der Entente. — Auch der Steuerfiskus bringt Opfer. — Winkelried. — Hinter der Front „Dagein“. — Text: Advent. Von L. P. — Selbstpostbrief des Garde-Grenadiers August Säge jun. — Chorh. — Lieber Jacob! Von Joththilf Raute. — Winter 1915. Von P. C. — Kuhner. Von Ruth Margarete Koellig. — Schriftliches Hoffnungsrondelet. — Der Ball der Garde. Von Ernst Raat. — Hein Rippers Glück. Von Ernst Brezang. — Der gute Rat. Von E. Kl. — Bächer für den Weihnachtsfest. — „Ubergelblich“. Ein Kunstbild von heute. — Morgenstimmung! Von Dam Schödl, im Felde. — Kleine Fabeln. Der Preis der Nummer ist 10 Pfg.

Verlustlisten.

Erschienen sind: Breussische Verlustliste Nr. 402. Bayerische Verlustliste Nr. 241.

Die Verlustlisten sind während der Geschäftsstunden montags von 8 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends in unserer Expedition, Johannisstraße 46, einzusehen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.